

Den „Amici“ einen „Maulkorb“ verpasst

HEIDRUN JOACHIM

Bekanntermaßen steigt seit Jahren die Zahl der EPU, der Kernschicht des Mittelstands. Politik und Wirtschaft „schmücken sich“ gern mit den Wachstumswahlen der Gründer – und gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für die Existenz der Selbstständigen starr gehalten anstatt flexibel gestaltet.

Es sind Mutige, die 40 bis 60 Wochenstunden arbeiten, aber für ihre Jobs brennen und dementsprechende Ergebnisse erreichen. Jedoch die Früchte dieser Arbeit sind mickrig. Weil die Abgaben den Verdienst „auf-fressen“. „Ihre Sozialversicherungsbeiträge sind über alle Ma-ßen hoch, und stehen in keinem Verhältnis zum Einkommen bzw. werden an schwankendes Einkommen nicht fair und den Umständen gerecht angepasst“, heißt es auf der Website von „Amici delle SVA“.

Über 2200 Mitglieder

Diese österreichweite un-abhängige und überparteiliche Bürgerinitiative vereint nach eigenen Angaben inzwischen über 2200 Mitglieder. Ziel der Gruppe ist es, die Höhe der Abgaben an Staat und Sozialversicherungssystem so gestaltet zu wissen, dass den umsatzschwächeren EPU und Selbstständigen ein Überleben möglich ist.

Zu den Vorarlbergern, die sich der Initiative angeschlos-sen haben, gehören etwa die Bregener Unternehmensbera-terin Alexandra Abbrederis, die Lochauer Kommunikations-designerin Gabriela Harms

Ein-Personen-Unternehmen (EPU) machen mobil. Über Facebook hat sich eine Bürgerinitiative – Amici delle SVA – organisiert, um auf eine existenzbedrohende Misere aufmerksam zu machen: auf ein total veraltetes Sozialsystem. Auch über 130 Vorarlberger haben sich vernetzt.

oder der Bregener Foto-graf Othmar Heidegger. „Die Motive, warum sich der Einzelne der Bürger-initiative angeschlossen hat, sind sicher unter-schiedlich. Gemeinsam ist aber allen: Sie wollen dem Thema „ungerechtes und veraltetes Sozialsystem“ die gebotene Aufmerksamkeit verschaffen“, sagt Alexandra Abbrederis. Auch die Vorarlberger sähen es nicht mehr ein, warum gerade die Selbstständigen zur Kasse gebeten würden, wenn es die Politik nicht schaffe, Besser-verdienende in die Pflicht zu nehmen.

Brennendes Thema

„Wichtig ist, dass das Thema zunächst einmal auf den Tisch der Verantwortlichen kommt. Das können wir nur selbst er-reichen. Wir haben keine Lob-byisten“, meint Abbrederis. Mit der Bürgerinitiative „Amici delle SVA“ gebe es eine Platt-form und auch ein Sprachrohr. Wie brennend das Thema

auch im Ländle ist, zeigt sich auch in dieser Tatsache: Binnen weniger Tage fanden sich über 130 Selbstständige bereit, einen überparteilichen Antrag für ein gerechteres SV-System zu unterzeichnen. Darin werden Wirtschaftskammer-Präsident und WK-Vertreter in der Sozial-versicherung der gewerblichen Wirtschaft gebeten, sich für die Anliegen der Selbstständigen – alle Mitglieder der Wirtschafts-kammer – einzusetzen. Auf-merksam gemacht wird in dem Antrag beispielsweise auf die 20 Prozent Selbstbehalt, die für viele EPU eine Hürde vor jedem Arztbesuch darstellen. Die WK „winke“ mit der Reduktion auf zehn Prozent Selbstbehalt „bei guter Führung“. Das entspreche

jedoch nicht der Forderung der „Amici“. Im Fokus des Antrags steht ebenso die fehlende soziale Abfederung im Krankheitsfall. Oder die Reduktion der Einkom-men von Unternehmerinnen im Falle des Mutterschutzes auf ein Tagegeld von 26 Euro.

„Damit ein solcher Antrag im Wirtschaftsparlament einge-bracht werden kann, sind 200 Unterschriften notwendig. Das ist in allen Bundesländern gleich. Wir konnten den Antrag mit 130 Unterschriften einbringen, weil uns fünf Wirtschaftsparlamenta-rier unterstützt haben“, berich-tet Abbrederis.

Sieben der Antragsunter-zeichner waren dann in einer der jüngsten Sitzungen vor Ort, um ihren Anliegen Gehör zu

verschaffen. Zeitgleich wurden in Niederösterreich und in Wien ähnliche Anträge eingereicht und behandelt.

In Vorarlberg aber: „Die Art und Weise, wie man dort mit uns umgegangen ist, hat uns sehr betroffen gemacht.“ Keiner der sieben Initiativenvertreter habe reden dürfen. „Den Antrag hat dann Wolfgang Pendl, der zum erweiterten Präsidium für die Grüne Wirtschaft gehört, für uns verlesen. Aber uns wurde Rede-verbot erteilt“, ist Alexan-dra Abbrederis noch empört ob dieses ignoranten Demokratieverständnisses einiger Wirt-schaftsparlamentarier.

Verbale Abwertungen wie „Dürfen in Zukunft alle Hotten-totten hier reden“, könnten wohl

kaum als Entgleisungen durchgehen. „Zumal wir alle ja Mitglieder der Wirtschafts-kammer sind“, betont die Unter-nehmensberaterin. Logisch, dass Punkte des Antrages missver-ständlich interpretiert worden sind, da den Antragstellern ein Maulkorb verpasst wurde. „Es ist verständlich, dass die ange-genen Punkte im Antrag nicht sofort und gleich klärbar sind. Aber – die Fairness gebietet doch wohl, sich zumindest mit dem Thema zu beschäftigen und die Betroffenen anzuhören.“ Eine ernsthafte und inhaltlich qualifizierte Diskussion steht noch aus. Die haben die Vorarlberger „Amici“ nun mit einem offenen Brief an Wirtschaftsparlament und WK-Präsidenten Manfred Rein eingefordert.

Jetzt herrscht Weihnachts-frieden. Aber man darf gespannt sein, ob das Wirtschaftsparla-ment und da insbesondere die „schwarze Hälfte“ den Geruch des „schwarzen Schafes“ ab-schwächen kann.

Die Rahmenbe-dingungen für die Existenz der Ein-Personen-Un-ternehmen sind zu starr und nach Auffassung der „Amici“ längst überholt.
SHUTTERSTOCK

